

Nachdem auch diese Etappe der Abspaltung abgeschlossen ist, begännt die dritte Etappe der aktiven Eingliederung Westdeutschlands in die aggressiven Vorbereitungen der westlichen Alliierten zum Krieg gegen die Sowjetunion. Der Bonner Separatstaat wird zum Beitritt in den Europarat eingeladen.

Meine Damen und Herren! Die ganze Bedeutung dieser Aufforderung wird aber erst ersichtlich, wenn man sie im Licht des Atlantikpakts und des sogenannten Schuman-Plans überprüft. Der französische Außenminister Robert Schuman erklärt als tiefsten Sinn des Atlantikpaktes, daß die Westmächte Gefahr liefen, den Kalten Krieg zu verlieren, und die Sowjetunion alle Chancen hätte, die Friedensoffensive zu gewinnen. In der Deutschlanddeklaration der westlichen Außenminister wird angesichts dieser Gefahr von der Notwendigkeit gesprochen, die volle Aufrechterhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der westlichen Länder zu gewährleisten. Damit wird zugegeben, daß nicht eine angebliche Angriffsdrohung der Sowjetunion, sondern die Sorge der kapitalistisch-imperialistischen Reaktion um ihre Existenz gegenüber der wachsenden Strukturkrise der eigentliche Motor aller Maßnahmen ist. Ihr aggressiver Wille geht deutlich daraus hervor, daß die Regierung der USA und die Regierungen aller anderen Atlantikpakt-Staaten die Aufforderung des Stockholmer Friedenskongresses zur Ächtung der Atombombe und zu einer Deklaration, daß jene Regierung, die als erste die Atombombe anwendet, als Kriegsverbrecher gestempelt wird, nicht unterzeichnen wollen. Wer wirklich nur an Verteidigung denkt, wird ohne Schwierigkeiten eine solche Erklärung unterzeichnen können. Nimmt man hinzu, meine Damen und Herren, daß aus Gründen einer angeblichen Rationalisierung die amerikanische Regierung angeordnet hat, die Atomforschung für friedliche Zwecke einzustellen und sie nur auf militärische Aufgaben zu konzentrieren, so kann bei objektiver Würdigung kein Zweifel mehr bestehen, wer als der kommende Aggressor bezeichnet werden muß.

In dieses aggressive System ist nun durch die Deutschland-Erklärung der westlichen Alliierten auf der letzten Londoner Konferenz Westdeutschland eingebaut worden. Man will, wie man erklärt, Deutschland schrittweise in die Gemeinschaft der westlichen Völker aufnehmen. Diese Aufnahme erfolgt aber nicht auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Souveränität, eines Friedensvertrages und der Räumung Deutschlands von den Besatzungstruppen, sondern ausdrücklich unter der Einschränkung, wie es wörtlich heißt, „die mit der Grundlage des Besatzungsstatuts gegeben ist“. Erst, wenn die internationale Lage geändert sei, könne eventuell das Besatzungsstatut geändert werden. Audi die von dem französischen Außenminister Schuman angeregte „Beendigung des Kriegszustandes“ soll ausdrücklich weder die Beendigung des Besatzungsstatuts noch eine Ermächtigung ZU souveräner, freier Entfaltung der internationalen Beziehungen Deutschlands bedeuten.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird grundlegend das Potsdamer System verletzt. Nach Potsdam kann das deutsche Volk durch eigene Leistung, nämlich durch die Entwicklung einer lebensstarken und friedliebenden deutschen Demokratie sich Frieden und Freiheit völkerrechtlich rechtsverbindlich erwerben. Mit ihrer Deutschland-Erklärung machen indes die westlichen Alliierten das Schicksal Deutschlands von der sogenannten internationalen Lage, also von dem Ergebnis ihres eigenen Kriegswillens abhängig. Damit verschaffen sie sich den Vorwand, daß „der Kriegszustand fortbesteht und die höchste Gewalt in den Händen der westlichen Alliierten bleiben muß“. Die Verweigerung des Friedensvertrages wird hiermit ausdrücklich festgelegt. Damit ist jener Zustand edngetreten, auf den ich

bereits in meiner Volkskammer-Erklärung vom 23. Februar hinweisen mußte, daß die Besatzungstruppen der Westmächte den Charakter legitimer, durch die bedingungslose deutsche Kapitulation und das Potsdamer Abkommen bestätigter Besatzungstruppen verloren haben und zu feindlichen, völkerrechtswidrigen und aggressiven Interventions- und Okkupationstruppen geworden sind.

(Beifall)

Alle Maßnahmen und Tatsachen, die sich aus der Wirksamkeit dieser völkerrechtswidrigen Interventions- und Okkupationstruppen ergeben, entbehren der völkerrechtlichen Legalität und werden und können niemals vom deutschen Volk und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden.

(Beifall)

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, beginnt nun die unmittelbare Mitverantwortung der maßgebenden deutschen Stellen der sogenannten Bundesrepublik. Herr Adenauer hat in seiner Erklärung vor dem Bonner Parlament am 13. Juni erklärt, die Mitwirkung Westdeutschlands am Schuman-Plan und im Europarat müsse als ein „Beweis des deutschen Verständigungswillens mit Frankreich“ verstanden werden. Die Zusammenlegung der Industriekonzerne sei eine Friedensgarantie Deutschlands gegenüber Frankreich. Die Deutsche Demokratische Republik und alle Demokraten bejahen zweifellos jeden ernststen Willen einer Verständigung auch mit Frankreich. Sie sind aber zutiefst der Meinung, daß das deutsch-französische Problem eine Frage der Beziehungen von Volk zu Volk, einer Verständigung der werktätigen Massen ist, nicht aber einer Konzernverabredung der Kriegs- und Rüstungsinteressenten beider Völker.

(Beifall)

Deshalb begrüßt auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die gemeinsame Erklärung des Allgemeinen Französischen und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Beschluß zu gemeinsamen Aktionen des französischen und deutschen Proletariats gegen die gemeinsamen Gegner einer demokratischen und friedliebenden Politik, wie sie sich vor allem in den Vertretern und Anhängern des Schuman-Planes zusammengefunden haben. Die deutsche Regierung macht sich das Bekenntnis der deutschen und französischen Werktätigen zu eigen, daß diese Zusammenarbeit der Werktätigen es vereiteln wird, Frankreich und Westdeutschland als Kriegsbasis zu benutzen, und daß mit der Abwehr dieser Ziele die Völker Deutschlands und Frankreichs die Pläne der Imperialisten zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges unmöglich machen werden.

(Beifall)

Herr Adenauer kann mit seiner, wie er es formuliert, „freundlichen Anlehnung an den Westen“ nicht einmal die Feststellung verbinden, daß auf diesem Wege Westdeutschland nun zu einem vollen Vertrauen gegenüber den westlichen Alliierten gelangen und damit die Freiheit gewinnen würde, sondern er muß im Gegenteil in seiner Rede zugeben, daß die „Souveränität bis zum Höchstmaß des Besatzungsstatuts“ eingeschränkt bleiben würde. Er nimmt diese Feststellung resignierend mit der Begründung hin, daß sie eine Notwendigkeit infolge der internationalen Lage und der Spaltung Deutschlands sei. Erst macht er sich der Beihilfe an der Spaltung Deutschlands schuldig, erst duldet er die Preisgabe des Saargebietes, und dann entschuldigt er mit den Folgen dieses Verrats seinen eigenen Verzicht auf Einheit und Frieden und erklärt, nach einer Verständigung auf der Grundlage des Schuman-Planes und des Europarates seien diese Probleme doch „nicht mehr wichtig“.